

- Pressemitteilung -

Offener Brief an die
Abgeordneten des Landtags und
die Landesregierung von
Nordrhein-Westfalen

Der Vorsitzende
Ralf Jacob M.A.
Leiter Stadtarchiv
Stadtarchiv Halle

Geschäftsstelle
Worthstraße 3
36037 Fulda
Telefon: +49 (0) 661- 29 109 - 72
Telefax: +49 (0) 661- 29 109 - 74
E-Mail: info@vda.archiv.net
Internet: www.vda.archiv.net

Amtsgericht Fulda: VR 2212
UST-IdNr.: DE183962007

Fulda, 5. Dezember 2018

Das Land Nordrhein-Westfalen gefährdet das kulturelle Erbe des alternativen bürgerschaftlichen Engagements!

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Laschet,
sehr geehrte Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen,

im Haushaltsentwurf des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2019 ist auf Antrag der Regierungsparteien CDU und FDP vorgesehen, die Förderung des *archivs für alternatives schrifttum (afas)* in Duisburg ersatzlos zu streichen (vgl. Änderungsantrag des Haushalts- und Finanzausschusses zum Haushaltsgesetz 2019). Während der dritten und letzten Lesung am 12. Dezember 2018 wird der Landtag darüber abstimmen. Wenn der Änderungsantrag angenommen wird, beschließen Sie als Abgeordnete die Schließung des afas nach fast 35-jähriger Arbeit.

Das *archiv für alternatives schrifttum* ist die zentrale Archivierungsinstitution für Unterlagen aus dem Bereich der Neuen Sozialen Bewegungen mit einer Schwerpunktüberlieferung aus Nordrhein-Westfalen. Dazu gehören die Studentenbewegung der 1960er Jahre, die Frauen- und die Friedensbewegung, die Umweltschutz-, Internationalismus- und Alternativbewegung, aber auch die politischen Protestbewegungen, Bürgerinitiativen und zivilgesellschaftlichen Gruppen. So ist das afas zum Beispiel Heimat geworden für die Archive und Unterlagen der Anti-Apartheid-Bewegung, der Initiative Frauen-Presse-Agentur, des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) in Bonn, des Rheinischen JournalistInnenbüros, des Vegetarierbundes Deutschland, des Dachverbands der Kritischen Aktionäre und Aktionärinnen, der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika, der Solidarischen Kirche im Rheinland, des Friedensforums Duisburg oder der Bürgerinitiative Rheinpreußen-Siedlung, die es verhindert hat, dass eine Bergarbeiter-siedlung in Duisburg-Homberg abgerissen wurde.

Es ist in Wissenschaft und Forschung völlig unumstritten, dass die Materialien all dieser Bewegungen eine wesentliche Ergänzung der zum Beispiel in Kommunal- und Landesarchiven gesicherten Unterlagen darstellen. Nur mit dieser ergänzenden Sicherung von Dokumenten bürgerschaftlichen Engagements durch Archive wie das *archiv für alternatives schrifttum* kann eine breite, umfassende Erinnerung und Erforschung von gesellschaftlichen Lebenswelten gelingen. Archive wie das afas sind unverzichtbare Orte des kulturellen Erbes des Landes Nordrhein-Westfalen und im weiteren Rahmen der Bundesrepublik Deutschland. Als solche sind sie Teil des Gedächtnisses der Gesellschaft.

Die Verantwortlichen für den Streichungsvorschlag nehmen billigend die Vernichtung eines anerkannten Archivs in Kauf und es scheint ihnen nicht bewusst zu sein, dass aus

guten Gründen das Land Nordrhein-Westfalen selbst den Aufbau des *archivs für alternatives schrifttum* seit Jahren systematisch mitfinanziert hat: in den letzten 20 Jahren mit insgesamt rund 1,3 Mio. Euro. Die institutionelle Förderung des *afas* wurde 2017 eingeleitet und auf der Grundlage eines vom Kulturministerium beauftragten Organisations- und Betriebskonzeptes eine Erhöhung der Fördermittel beschlossen und auch umgesetzt. Vor dem Hintergrund dieser Situation haben das zuständige Ministerium für Kultur und Wissenschaft, die Stadt Duisburg, der Präsident des Landesarchivs NRW und das *afas* den Umzug des Archivs geplant und realisiert. Die notwendigen Fördermittel dafür waren seitens des Landes und der Stadt versprochen – im Unterschied zum Land fühlt sich die Stadt auch weiterhin an diese Zusage gebunden. In der Duisburger Innenstadt wurden endlich fachlich geeignete Räumlichkeiten in der Nähe des Stadt- und des Landesarchivs gefunden und der *afas*-Trägerverein schloss im Juli 2017 einen zehnjährigen Mietvertrag ab. Bei der Eröffnungsfeier am neuen Standort im Februar 2018 gratulierten eine Vertreterin des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Kultur und Wissenschaft, der Vizepräsident des nordrhein-westfälischen Landtags, der Präsident des Landesarchivs NRW, der Kulturdezernent der Stadt Duisburg und der Vorsitzende des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare zu dem zukunftsorientierten Schritt.

Es kommt einem Schildbürgerstreich gleich, wenn dieser mit Investitionen des Landes aufgebaute Leuchtturm in NRW, der zudem über das Land hinaus strahlt, nun ohne inhaltliche Diskussion mit den Betroffenen und offenbar auch ohne Rücksprache mit dem zuständigen Ministerium oder dem Fachausschuss im Landtag durch die Mittelstreichung in seiner Existenz bedroht wird. Mit einer solchen Entscheidung wird das Vertrauen in die Verlässlichkeit politischen Handelns erschüttert.

Die Einstellung der Arbeit des *archivs für alternatives schrifttum* würde einen schweren Verlust für Nordrhein-Westfalen in Hinsicht auf die Überlieferung und Archivierung bedeutender Quellen der Neuen Sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft bedeuten. Die „klassischen“ Archive können diesen Verlust nicht auffangen und wären nicht in der Lage, eine nachhaltige Überlieferungsbildung in diesen „Milieus“ in Zukunft zu gewährleisten. Gerade weil ihnen oft der Zugang zu den MaterialgeberInnen dieser Unterlagen fehlt, ist in den letzten 15 Jahren eine Zusammenarbeit zwischen „klassischen“ und „Freien“ Archiven entstanden. Das *afas* ist ein unersetzlicher Baustein im Konzept einer „Überlieferungsbildung im Verbund“.

Die Entscheidung der VertreterInnen der Regierungskoalition ist auch im Gesamtrahmen der Kulturförderung völlig unverständlich, da im Kulturetat des Landes kein anderer Bereich gekürzt wurde. Die ursprünglich vorgesehene Förderung für das *afas* bildet den drittniedrigsten Betrag innerhalb des Gesamtpakets. Ansonsten sieht der Haushaltsentwurf 2019 eine Aufstockung des Etats von 46,7 auf 49,3 Millionen Euro vor.

Die UnterzeichnerInnen fordern die Landesregierung und den Landtag von Nordrhein-Westfalen auf, die vom Haushalts- und Finanzausschuss beschlossene Streichung der Zuschüsse für das *archiv für alternatives schrifttum* bei der abschließenden Beratung des Haushalts im Landtag zurückzunehmen und damit ein Zeichen zu setzen, dass die Sicherung des kulturellen Erbes bürgerschaftlichen Engagements eine unverzichtbare und förderungswürdige Aufgabe der Gesellschaft ist.

Hochachtungsvoll



Ralf Jacob M.A.

Vorsitzender des VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V.

Dieser Offene Brief wird unterstützt von:

Prof. Dr. Eva Schlotheuber

Vorsitzende des Verbands der Historiker und Historikerinnen Deutschlands und Historikerin an der Universität Düsseldorf

Dr. Michael Hollmann

Präsident des Bundesarchivs, Koblenz

Prof. Dr. Dr. Rainer Hering

Leiter des Landesarchivs Schleswig-Holstein

Prof. Dr. Stefan Berger

Direktor des Instituts für soziale Bewegungen, Bochum

Dr. Kirsten Heinsohn

Stellv. Direktorin der Forschungsstelle für Zeitgeschichte, Hamburg

Dr. Irmgard Christa Becker

Leiterin der Archivschule Marburg

Dr. Klaus Lankheit

Leiter des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte, München

Dr. Matthias Buchholz

Leiter des Archivs der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin

Uwe Stadler

Vorsitzender des Verbands der Bibliotheken des Landes NRW (VBNW) und Ltd. Direktor der Universitätsbibliothek Wuppertal

Dr. Dietmar Schenk

Leiter des Archivs der Universität der Künste, Berlin

Prof. Dr. Detlef Siegfried

Historiker an der Universität Kopenhagen

Dr. Andreas Pilger

Leiter des Stadtarchivs Duisburg

Dr. Jan-Pieter Barbian

Direktor der Stadtbibliothek Duisburg

Prof. Konrad Elmshäuser

Vorsitzender der Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder (KLA)

Prof. Dr. Gerald Maier

Präsident des Landesarchivs Baden-Württemberg

Dr. Marcus Stumpf

Leiter des LWL-Archivamtes für Westfalen und Vorsitzender der Bundeskonferenz der Kommunalarchive (BKK)

Prof. Dr. Frank Bösch

Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung, Potsdam

Prof. Dr. Michael Scholz

Fachhochschule Potsdam / Leiter des Studiengangs Archivwissenschaft

Prof. Dr. Thomas Sternberg

Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Reinhart Schwarz

Leiter des Archivs des Hamburger Instituts für Sozialforschung

Dr. Klaus Nippert

Leiter des Archivs des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT)

Barbara Günther / Dr. Kerstin Wolff

AddF - Archiv der deutschen Frauenbewegung, Kassel

Anne Vechtel

Archiv Grünes Gedächtnis, Berlin

Dr. Alexander Schwitanski

Archivleiter Haus der Geschichte des Ruhrgebiets

Dr. Magnus Dellwig

Leiter des Stadtarchivs Oberhausen

Nach Veröffentlichung traten folgende UnterstützerInnen der Liste bei:

Dr. Mark Steinert

Leiter des LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrums, Pulheim

Dr. Kristina Starkloff

Leiterin des Archivs der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin

Prof. Dr. Manfred Rasch

Stiftung zur Industriegeschichte Thyssen, Duisburg